Regierungsforschung.de
Das wissenschaftliche Online-Magazin
der NRW School of Governance

Sebastian Jarzebski

# Die Kür des Kandidaten.

## Steinbrücks „Wahl“ als politisches Theater.

09. Januar 2013

NRW School of Governance
www.nrwschool.de

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

**Redaktion**
Matthias Bianchi, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 – 4106
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
matthias.bianchi@uni-due.de

**Wissenschaftliche Koordination**
Kristina Weissenbach, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 3742
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
kristina.weissenbach@uni-due.de

**Sekretariat**
Anita Weber
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
anita.weber@uni-due.de

**Herausgeber** (V.i.S.d.P.)
Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

**Redaktionsanschrift**
Redaktion Regierungsforschung.de
NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706
Fax +49 (0) 203 / 379 – 3179
redaktion@regierungsforschung.de

www.nrwschool.de
www.forschungsgruppe-regieren.de
www.politik.uni-duisburg-essen.de

# Die Kür des Kandidaten.

## Steinbrücks „Wahl“ als politisches Theater.

Von Sebastian Jarzebski[1]

Im Dezember 2012 kürte die SPD auf ihrem außerordentlichen Bundesparteitag Peer Steinbrück zum „Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2013“. Steinbrück ist für die kommenden Monate bis zur Wahl nun das Gesicht seiner Partei, die sich hinter ihm versammelt und auf den sie die Hoffnungen auf den Wahlsieg projiziert. Die Aufstellung eines Spitzenkandidaten ist zunächst kein ungewöhnlicher Schritt, denn die meisten Parteien sondieren in den Monaten vor der Wahl ihr Personal und wählen, nominieren oder ernennen geeignete Kandidaten.

Doch wer oder was stand bei der SPD eigentlich zur Wahl? Gab es ein Amt, das vergeben wurde? Hat die älteste Partei Deutschlands kurz vor Ihrem 150. Geburtstag einen neuen Parteivorsitzenden ernannt? Weder noch: Peer Steinbrück wurde zum Spitzenkandidaten „gewählt“ und soll als Gesicht der Partei in den Bundestagswahlkampf ziehen und als potentieller Bundeskanzler dem Schattenkabinett der einzusetzenden Minister vorstehen. Weder ein Amt oder eine formelle Funktion gehen mit dieser Wahl einher, noch hat Steinbrück einen neuen Zuständigkeitsbereich erhalten. Doch was hat es mit dieser Funktion des Spitzenkandidaten eigentlich auf sich? Wie fügt er sich in die politischen Strukturen dieses Landes ein?

Der Spitzenkandidat ist eine etwas merkwürdige Erscheinung. Er tritt lediglich zyklisch, vor den großen Wahlen auf und ist ansonsten ein verdienter Arbeiter seiner Partei. Die Parteien, die sich Chancen auf das Kanzleramt ausrechnen, nennen ihren Spitzenkandidaten dann folgerichtig auch Kanzlerkandidat. In der Regel fällt diese Rolle den großen Parteien SPD und CDU/CSU zu. Auch wenn bisweilen kleinere Parteien ihre Kandidaten derart bezeichnen. So geschehen im Jahr 2002, als der heutige Außenminister Guido Westerwelle im Rahmen des grandios gescheiterten Projekts 18 als Kanzlerkandidat der FDP auftrat. Der Titel des Kanzlerkandidaten bezeichnet also einen Spitzenkandidat, der im Erfolgsfall zum Bundeskanzler gewählt werden soll, er ist der Regierungschef in spe. Dabei ist die Auswahl des Kanzlerkandidaten in der Regel ein schwieriger parteiinterner Prozess, der auf die verschiedenen Strömungen, regionalen Proporzregelungen und gegebenenfalls auch Geschlechterverteilungen Rücksicht nehmen muss. Jede Partei hat dabei ihre eigenen Spielregeln, Befindlichkeiten und Entscheidungsstrukturen, die es zu beachten gilt.

[1] Sebastian Jarzebski M.A. studierte von 2002-2009 Politikwissenschaft, Germanistik und Staatsrecht an der Universität Bonn. Nach seinem Abschluss als Magister Artium im Jahr 2009 arbeitete er in der Forschungskommunikation zu Energieeffizienz des BMWi. Seit 2012 ist er Promotionsstipendiat der Stiftung Mercator an der NRW School of Governance und Lehrbeauftragter des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen. Er promoviert zu Politischen Narrativen.

**Die formelle Kandidatur des Peer Steinbrück.**

Nun also Peer Steinbrück. Er ist nach Frank Walter Steinmeier der nächste SPD Mann, der Kanzlerin Merkel vom Thron stoßen soll. Dazu wurde er am 2. Advent 2012 feierlich erkoren. Dazu müsste Steinbrück nicht einmal in den Bundestag einziehen, denn der Bundeskanzler wird – laut Grundgesetz – „auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestage" gewählt. Bis auf Kurt-Georg Kiesinger waren jedoch alle Bundeskanzler auch MdBs, als sie das Land regierten. Peer Steinbrück ist seit dieser Legislaturperiode Bundestagsabgeordneter und zog 2009 über Platz 3 der Landesliste der SPD ins Parlament ein. Den Wahlkreis Mettmann I hatte er gegen die CDU-Abgeordnete Michaela Noll verloren. Im Jahr 2013 tritt Steinbrück erneut in Mettmann an, eine SPD-Vollversammlung im Wahlkreis hatte ihn (wohlgemerkt ohne Gegenkandidaten) fast einstimmig zum Kandidaten gekürt. Für dieses Jahr ist zudem der Spitzenplatz auf der Landesliste geplant, entschieden wird dies allerdings erst im März, wenn die NRWSPD ihre Delegierten zu einem Landesparteitag zusammenruft.

**Wahl oder Kür?**

Was aber passierte dann am 09. Dezember 2012 überhaupt in Hannover? Die mediale Aufmerksamkeit war der SPD sicher an jenem Sonntag: Das öffentlich-rechtliche Fernsehen übertrug die beinahe zweistündige Rede Steinbrücks live und zeigte dabei immer wieder die SPD-Granden, die sich in der ersten Reihe versammelt hatten, um den Kandidaten durch ihre Präsenz abzusegnen. Die Ex-Kanzler Schmidt und Schröder saßen ebenso dort, wie der ehemalige Parteivorsitzende Müntefering und die Altgedienten Bahr und Eppler. Sie alle waren wegen Steinbrück gekommen. Drumherum wurde noch ein wenig Programm organisiert und nicht ganz so unwichtige Parteivertreter – Parteichef Gabriel, NRW-Ministerpräsidentin Kraft und der (Achtung!) Spitzenkandidat für Niedersachsen, Stephan Weil – durften den Rahmen bilden.

Nach Steinbrücks Rede dann der Akt, der Grund für das Erscheinen der 600 Delegierten: Die Wahl des Spitzenkandidaten. Doch hatten die SPD-Delegierten dabei wirklich eine Wahl? Auf dem „Wahlzettel" konnte man sich entweder für ein „Ja" oder ein „Nein" entscheiden – oder sich enthalten. Die Wahl, welche die SPD-Basis durch ihre Delegierten hatte, bestand also darin sich für Steinbrück oder gegen ein geschlossenes Bild der eigenen Partei zu entscheiden. Im Wissen, dass das mediale Echo in erster Linie auf zwei Zahlen reagieren würde – nämlich die Prozentzahl der Ja-Stimmen und die Länge des Applauses nach der Nominierungsrede – war diese Wahl wohl nicht schwer zu treffen. Die Frage, ob hier ein geeigneter Kandidat vor ihnen steht, wurde folglich nicht beantwortet. Steinbrück war der Kandidat, von dem Moment an, als er auf die Bühne trat. Da hilft auch kein vermeintlich offenes Wahlergebnis, wie es die SPD auf der Website zum Parteitag kommunizierte. Hier heißt es: „Peer Steinbrück soll für die SPD als Kanzlerkandidat antreten. Die endgültige Entscheidung wird auf einem Sonderparteitag am 9. Dezember in Hannover fallen" (Cavaliere 2012). So weit, so falsch: Die endgültige Entscheidung

wird, war bereits gefallen und die auf dem außerordentlichen Parteitag durchgeführte Wahl ein Lehrstück des politischen Theaters.

**Die Urwahl als Alternative?**

Betrachtet man die Genese dieser Kandidatenkür etwas genauer, so entdeckt man ein kleines Zeitfenster, in dem eine echte Wahl zwischen verschieden Kandidaten möglich schien. Im April, als das parteiinterne Rennen noch nicht entschieden war – damals gab es mit Parteichef Sigmar Gabriel, dem Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier und eben Peer Steinbrück noch drei Aspiranten – ergriff Gabriel die Initiative und brachte eine Urwahl des Spitzenkandidaten ins Spiel. Dieses Modell stieß in einigen Landesverbänden auf Zustimmung, hatte letztlich in der Parteiführung aber keine Mehrheit (Medick 2012). Die Unterlegenen einer solchen Urwahl, so das Gegenargument, gingen politisch stark beschädigt aus einer solchen Abstimmung hervor. Dies muss allerdings nicht zwangsläufig zutreffen, wie die GRÜNEN beispielsweise bei ihrer Urabstimmung gezeigt haben (Switek 2012). Zwar hatte die Parteivorsitzende Claudia Roth mit einer herben Niederlage zu kämpfen, die wenige Wochen darauf folgende Bestätigung ihres Parteivorsitzes mit überwältigender Mehrheit zeigte aber, dass der befürchtete Schaden nur von sehr kurzfristiger Natur war.

**Legitimation per Inszenierung?**

Die Frage, die bleibt, ist nun: War der Sonderparteitag der SPD eine reine „Krönungsmesse" (Jacobsen 2012) für den Kanzlerkandidaten Steinbrück oder hatte sie auch aus Legitimationsgesichtspunkten eine Funktion für die innerparteilichen Prozesse? Was macht Steinbrück zu einem legitimen Kandidaten? Diese Fragen sind sicher nicht leicht zu beantworten, so kann man die gewonnene Akzeptanz doch schlecht mit den klassischen Begriffen der Input-, Throughput- und Output-Legitimation fassen. Weder kann von Input-Legitimation durch Verfahren gesprochen werden, denn ein Verfahren welches keine Wahl lässt, scheint wenig geeignet, Legitimation für einen Kandidaten herzustellen. Noch stellt sich die Entscheidung aus der Throughput-Perspektive als besonders transparent dar, denn wer ist letztlich verantwortlich für die Kür von Steinbrück? Auch die Output-Perspektive fällt schwer, denn ist die Entscheidung der Parteispitze für Steinbrück deshalb legitim, da sie dem Wohl der Partei dient? Dies ließe sich abschließend lediglich ex-post bewerten, also erst dann, wenn die Bürger im September ihre Wahl getroffen haben.

Die Inszenierung des SPD-Sonderparteitags erscheint im Grunde genommen als Teil einer Geschichte. Sie erzählt uns: hier ist unser Kandidat. Wir haben ihn uns erwählt und er soll uns zur Regierung führen. Die innerparteilichen Prozesse und die Wünsche und Meinungen der Basis spielen dabei eine Nebenrolle, denn der Fokus liegt auf der großen Gegnerin Angela Merkel. Mit demokratischen Verfahren hat die Veranstaltung nicht mehr viel zu tun. Sie kann vielmehr als Symptom für die mediale Orientierung der Politik gesehen werden, denn

Entscheidungsgewalt hatte die Versammlung nicht. Vielmehr war sie als Kollektivakteur der Claqueur, für den es galt, den achtminütigen Applaus und die 97,9 Prozent, die Angela Merkel bei ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden erhalten hatte, zu schlagen.

Das vorläufige Ergebnis dieses landesweit verfolgten Wettkampfes lautet 1:1. Mit dem kleinen Unterschied, dass Merkel gewissermaßen in einem „Pflichtspiel" traf – Steinbrücks Tor hingegen ist bei einem extra anberaumten Freundschaftsspiel gefallen. Denn während die Bundeskanzlerin auf dem turnusmäßigen Bundesparteitag der CDU auftrat und sich dort der obligatorischen Wahl zum Parteivorsitz stellte, war der Rahmen für Steinbrück eigens bestellt. Im Vergleich zum ordentlichen Parteitag der CDU, auf dem satzungsgemäß die Parteiämter besetzt und über den politischen Kurs der Partei abgestimmt wird, werden die Sonderparteitage nur für einen bestimmten Anlass einberufen. Und der einzige Anlass des außerordentlichen SPD-Bundesparteitags war die Inszenierung der Krönung von Peer Steinbrück. Ein Freundschaftsspiel also, das in der Regel über wenig Spannungspotenzial verfügt.

## Literatur

**Cavaliere**, Maurizio Andreas (2012): Großes Echo. Erschienen in_ SPD.de. Online verfügbar unter:
http://www.spd.de/aktuelles/77622/20121004_reaktionen_nominierung_steinbrueck.html

**Jacobsen**, Lenz (2012): Endlich ein echter Sozialdemokrat. Erschienen in: ZEIT online. Online verfügbar unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2012-12/steinbrueck-kanzlerkandidat-nominierung-2

**Medick**, Veit (2012): SPD-Landeschefs stützen Urwahl-Vorstoß von Gabriel. Erschienen in: SPIEGEL online. Online verfügbar unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-unterstuetzung-fuer-mitgliederentscheid-ueber-kanzlerkandidatur-a-829975.html

**Switek**, Niko (2012): Die Basis gibt, die Basis nimmt. Die Urwahl der Spitzenkandidaten bei Bündnis 90/Die Grünen. Erschienen in: Regierungsforschung.de, Parteien- und Wahlforschung. Online verfügbar unter: http://www.regierungsforschung.de/dx/public/article.html?id=178